

130. Ratschlag der Rechenherren betreffend die Anpassung des Einzugsbriefs für die Gemeinde Unterstrass

1671 Juli 25

Regest: In Anwesenheit des Bürgermeisters Grebel unterbreiten die verordneten Rechenherren ihren Vorschlag betreffend die Anpassung und Bestätigung des Einzugsbriefs der Gemeinde Unterstrass. Sie empfehlen die Erhöhung der Einzugsgebühren an die Gemeinde und den Obervogt, die je nach territorialer Herkunft der Zuzüger weiterhin unterschiedlich hoch ausfallen. Stammt ein Anwarter von ausserhalb der Eidgenossenschaft, hat die Gemeinde ausserdem keine Entscheidungsbefugnis zur Aufnahme, sondern muss Rücksprache mit dem Obervogt halten. Fällt der Entscheid des Obervogts zugunsten einer Aufnahme aus, soll sich die Gemeinde mit dem Fremden über die Höhe des Einzugsgeldes einigen; der gleiche Betrag steht dann auch dem Obervogt zu Handen der Stadt als Schirmgeld zu. Über das Einzugsgeld für Söhne von Gemeindegossen und die Handhabung bei Verkauf oder Teilung von Häusern sollen jedoch die Ratsherren befinden. Die übrigen Bestimmungen des bestehenden Einzugsbriefes sollen im erneuerten Brief ebenfalls festgehalten werden.

Kommentar: Die abgestuften Beträge der bisherigen Einzugs gelder entsprechen jenen des Einzugsbriefs vom 5. März 1621 (StAZH A 99.5, Nr. 134; vgl. hierzu auch SSRQ ZH NF II/11, Nr. 129, Anm. 1). Als Neuerung bringen die Rechenherren die Festsetzung eines Mindestbetrags für fremde Zuzüger aus nicht eidgenössischem Gebiet vor. Die erneuerte Einzugsordnung wurde bereits am 9. August 1671 festgeschrieben; betreffend das geringe Einzugs geld für Zürcher Bürger mit Hausbesitz in Unterstrass kam es im darauffolgenden Jahr zu einem erneuten Ratsbeschluss (SSRQ ZH NF II/11, Nr. 131).

Uff der gmeind an der Underen Straß bitliches anhalten umb^a sterkerung ihres ynzug brieffs ist selbiger uff ratification eines wohlweyßen raths inn ansächung ihres fürtraffenlichen gmeind werchs volgender gestalten versterckeret worden, nammlichen:

[1.1] Daß einer, so uß unßeren graffschafften, herrschafften, landen, gerichten unnd gebiethen ist, an statt der 25 fl, so vor dißerem geben worden, inn köunfftig 40 fl unnd jewyligem obervogt zu handen eüwer, unnßer g hr, für den ynsitz an statt der 5 fl 10 fl.

[1.2] Wann aber eüwer, u g hr, burger einer by ihre, der gmeind, ein hoffstatt, behußung ald güeter kaufte, der solle ihre wie vor altem har mehr niht alls 8 fl zu ynzug geben unnd ihmme sontsten nüt^b wyters zugsucht^c werden.

[2] Wellcher aber frömbd, ußerthalb den selben unßeren herlichkeiten härkommbt unnd doch inn der Eydtgnoßschafft erbohren ist, derselben jeder sölle ihre, der gmeind an der Underenn Straß, an statt der 50 fl 70 fl unnd eüwer, u g hr, vogt daselbsten zu eüwerenn handen zu schutz unnd schirm gelt deß neüwen ynsitzes auch sovil zu bezahlen haben.

[3] Wann dann ein frömbder, ußerthalb der Eydtgnoßschafft gebohren, vorgemelter gestalt zu ihnen zu züchen begerte, sollend sy der selben gar keinen, sonderlichen der den ^d-landt werchen^{d1} inn der statt schaden möchte, für sich selbst anzenemmene befügt syn, ohne unnßer gnedigen herren ald ihres vogts an der Underen Straß erlaubt nuß unnd wyllen. Unnd so ihnen vergont wird, einen sollchen frömbden an zenemmen unnd sy den guttwillig annemmen

wöllend, mögend sy mit selbigem über kommen, so hoch, alls sy wöllend unnd ihnen möglich syn wird, glych wollen aber nit under 70 fl, wie etwann bescheiden umb^e lieben manns willen. Unnd sovill dann deren einer ihnen zu ynzug gelt bezalt, sovill auch solle er ewr, u g hr, vogt an der Underen Straß zu eüweren handten ze schirm^f gelt geben unnd bezahlen. / [fol. v]

[4] Ob aber ein vatter, der einen oder mehr verehelichter söhnen hete, die annoch by ihme, dem vatter, in einer huß haltung werind, sich einkauffte, obe er, der vatter, daßelbige mit dem einfalten ynzuggelt für sich selbstn allein thun ald für jeden seinen, so schon verehelichten sohne, wellcher nur etwas geringe zyt by dem vatter verblybt unnd dann selbs eignen rauch zu führen anhebt, besonders auch den völligen ynzug entrichten, oder, als die gmeind Riespach es in übung hat, für jeden derselben söhnen allein 5 fl erlegen solle.² Item unnd wie es gemeint sein solle der jenigen söhnen halben, so zwahren nocht niht verehelichet, doch aber mannbar sind und niht unlang hernaher sich verehelichen thund, unnd denen, die minderjährig unnd noch nit mannbar, daß glichen.

[5] Unnd obe es sich auch künftiglich, als bevor schon auch geschechen ist, begeben, daß einer sein erkaufftes mehr nit als etwan 4, 5 ald 6 jahr behielte unnd dann daß selbige widerumb^g verkauffte unnd, nach deme er also nützit mehr hete, doch in der gmeind zu niht geringer dero beschwerd verbliben wölte; obe niht ein sollicher^h von so gethânen genntzlichen verkauffs wegen hienit auch solle verwürckt unnd verkaufft haben sein genoßnes gmeind- unnd burgrecht unnd also uß der gmeind zu züchen pflichtig sein.³

[6] So denne unnd waß die, so etwann inⁱ ihren behußung mehr ald ein stuben bauwen, huß lüth annehmen unnd dann uß einer behußung zwo hauß hoffstatten machend, söllend zu bezahlen haben ganntzen oder halben ynzug, überlaßend wir ewer, u g hr, wohl wyßer erkandtnuß.

Waß dann über dißere artickel jetziger form der ynzugbriefen weiters an hangen thutt unnd in^j ihrem alten ynzugbrief begriffen sind, solle hie mit ermelte gmeind in ihren ynzugbrief auch gesetzt werden.

Waß nun euw, u g hr, hierüber gefallen wirt, setzend wir zu dero wohl wyßen bedenken unnd beschließ heim.

Actum zinstags, den 25ten julli anno 1671, presentibus herr burgermeister Grebel unnd geordnete rächenherren.

³⁵ **Original:** StAZH A 99.5, Nr. 137; Einzelblatt; Papier, 21.0 × 33.5 cm.

^a Korrigiert aus: unnb.

^b Hinzufügung auf Zeilenhöhe.

^c Textvariante in StAZH A 99.5, Nr. 139: zugsucht.

^d Textvariante in StAZH A 99.5, Nr. 139: hand werchen.

⁴⁰ ^e Korrigiert aus: unnb.

^f Korrigiert aus: schirn.

^g Korrigiert aus: widerunb.

^h Korrigiert aus: solliher.

ⁱ Korrigiert aus: ihn.

^j Korrigiert aus: ihn.

¹ Ein Ratsbeschluss vom 19. April 1602 untersagte den Gemeinden um die Stadt, ohne Einwilligung des Rats Handwerker als Gemeindegossen oder Hintersässen anzunehmen (Exemplar für die Gemeinde Unterstrass: StArZH VI.US.A.2.:6; ein kürzerer Eintrag befindet sich auch im Stadtschreibermanual: StAZH B II 279, S. 17). 5

² Der Einzugsbrief von Riesbach datiert vom 16. September 1654 und sieht vor, dass Väter, die einen Einzug bezahlt haben und unverheiratete Söhne mit sich führen, für jeden Sohn ein Einzugs geld von 5 Gulden entrichten (StArZH VI.RB.A.2.:8). 10

³ Der bisherige Einzugsbrief sah in diesem Falle folgende Handhabung vor: Gemeindegossen, die sich aufgrund eines Unglücks oder eines schlechten Lebenswandels gezwungen sahen, ihr Haus zu verkaufen, waren weiterhin befugt, in der Gemeinde zu bleiben, wenn sie platz und herrberg findent. Von einem Verweis aus der Gemeinde wurde zwar explizit abgesehen, diese Personen sollten damit aber ir grächtigkeit inn holtz und veld, wunn und weid verwürckt haben und an der gmeind weder zümehren noch züminderen haben, so lang biß sy widerumb inn der gmeind eigen und erb erkouffend ald überkommend und das inzuggelt von nüwem bezalend (StAZH A 99.5, Nr. 134, S. 2). 15